

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt ULK

Ercheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreise in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen a. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich oder 1.20 monatlich...

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 7-8, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200...

Die Abstimmung des Berliner U.- u. S.-Rats.

Umbau des Räteystems!

Die Arbeiter- und Soldatenräte konnten genau so wie die Revolutionsregierungen nur ein Provisorium sein. Sie waren die Inhaber der revolutionären Gewalt und es ist klar, daß solange die Sozialdemokratie an dem zweiten Teil ihres Namens festhält, die revolutionären Einrichtungen in dem Augenblick überflüssig werden, wo die demokratischen entstanden sind.

Die letzte Versammlung der Berliner Arbeiterräte hat mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, einen Reichsrätekongress einzuberufen und sich dem Umbau des Räteystems zu widersetzen. Richard Müller, der „Reichsmüller“, hat gestern in einer seiner von Sachkenntnis ungetrübten Reden verlangt, daß die Räte jetzt sozialisieren müßten. Mit guten Gründen haben demgegenüber die Mehrheitssozialisten, vor allem aber auch die Demokraten Dr. Michalek und Fischer darauf hingewiesen, daß das Ziel sein müsse, die Räteeinrichtung umzubauen. Nur ein nationalökonomischer Ignorant kann heute von Sozialisierung reden, wo wir dem Feind alle öffentlichen Werte als Pfand zur Verfügung gestellt haben und wo das Wirtschaftsleben nur durch die gemeinsame Arbeit von Arbeitern und Unternehmern vor dem sicheren Ruin bewahrt werden kann.

Stürmischer Schluß der Sitzung.

In der Aussprache nahm zunächst mit unbeschränkter Redezeit der Vertreter der Demokratischen Fraktion Dr. Michalek das Wort. Er erklärte, daß die Demokraten bei der Frage Räteystem oder Nationalversammlung sich für die Nationalversammlung entscheiden würden. Räteystem und Nationalversammlung könnten auch nicht nebeneinander bestehen. Die kommunalen Arbeiterräte haben in dem Augenblick ihre Berechtigung verloren, wo die Gemeindeverwaltungen aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgehen. Die Arbeiterräte können sich in Zukunft nicht mehr politisch betätigen, sie können aber große wirtschaftliche Aufgaben erfüllen, indem sie gemeinsam mit den Gewerkschaften die Demokratisierung der Betriebe vorbereiten. Dazu sei freilich eine Selbstbestärkung und eine bessere Organisation der Arbeiterräte notwendig, um ihnen vor allem für Groß-Berlin die Aktionsfähigkeit zu sichern. Das Ziel sei die Schaffung eines demokratischen Arbeiterrechts und eine Demokratisierung der Betriebe. (Beifall b. d. Dem.)

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Aussprache fortgesetzt. Richard Müller (U. Soz.) vom Volksgesundheitsrat führte aus, die gegenwärtigen Störungen des Wirtschaftslebens seien in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter die Sozialisierung ernsthaft erstreben und ihre Durch-

führung erzwingen wollen. Wenn die Sozialisierung auch nicht von heute auf morgen zu machen sei, so müsse sie doch zielbewußt vorbereitet werden. Das könne aber nur durch die Beibehaltung der Arbeiterräte geschehen. Wenn es an Lohemotiven fehlt, so sei das dadurch verursacht, daß die Formen wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen in den Streit getreten seien. Die Unternehmer seien die Hauptschuldigen, weil sie gar nicht produzieren wollen. Sie müßten deshalb in härtester Weise durch die Arbeiterräte überwacht werden. Die jetzigen Männer der Regierung böten keine Gewähr für die Sicherung der revolutionären Errungenschaften.

Ragenstein (Soz.) schloß sich Müller darin an, daß die Arbeiterräte die Produktion überwachen. Sie müßten zu diesem Zweck mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten und in Produktionsausschüssen die gesamte Regelung der Produktion leiten. Die politische Leitung könne aber nicht den Räten, sondern nur den demokratisch erwählten Körperschaften des Volkes übertragen werden. Wenn die Anhänger der radikalen Linken die Gewaltanwendung ablehnen würden, dann brauchte auch die Regierung nicht freiwillig zu weichen und Gewalt anzuwenden. (Lebhafte Zustimmung. — Unruhe bei der Minderheit.)

Als der Redner zur Einigungsfrage sprach und dabei sagte, Rauff sei doch eine Autorität für die radikale Minderheit, da wurde von der Minderheit laut widersprochen. Ragenstein erklärte schließlich unter dem Lärm der Minderheit, daß der Arbeitszwang nicht zu vermeiden sei gegen Unternehmer und Arbeiter. Wenn Däumig jetzt einen neuen Rätekongress beantragt, so erinnere er daran, wie gerade von den Radikalen der erste Rätekongress geführt und verhöhnt worden sei.

Fischer (Demokrat): Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zeigt, daß die Sozialisten nicht die absolute Mehrheit im Volke haben. Daraus schon ergibt sich, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nicht die Träger der politischen Macht bleiben können, weil sie nur eine Reberegierung neben der Nationalversammlung bilden würden. Es ist heute mehr notwendig als je, daß die Hand- und Kopfarbeiter sich zusammenfinden, um der fürchterlichen wirtschaftlichen Not, die unserm Volke droht, ein Ende zu machen. (Lebhafte allseitige Beifall.)

Ein Kommunist beantragte die Freilassung Bedebours und die Gewährung der Immunität für alle Volksgesundheitsmitglieder. Bei dem Schlusswort von Cohen kam es durch die Zwischenrufe der Minderheit zu

stürmischen Szenen.

Die Abstimmung stieß auf große Schwierigkeiten. Es blieb zunächst zweifelhaft, ob die Entscheidung Cohen oder Däumig die Mehrheit gefunden hätte. Schließlich wurde die Sache so gemacht, daß die Versammelten beim Hinaustragen an der Tür Stimmgelb abgaben. Das Ergebnis konnte daher nicht in der Versammlung festgestellt werden. Während die Räten schon zum Begehren gerufen standen, wurde der Antrag auf Gastentlassung Bedebours angenommen. Unter allgemeinem Lärm ging die Versammlung auseinander.

Wie nachträglich festgestellt wurde, hat der Kongress die Entscheidung der Mehrheit abgelehnt, die der Radikalen angenommen.

Das Zusatzergebnis.

Berlin, 31. Januar. (W. Z. B.) Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Groß-Berliner Gemeinden hat in ihrer Freitagssitzung mit 492 gegen 362 Stimmen sich für den Antrag Däumig entschieden. Die angenommene Resolution fordert den Zentralrat der U. und S.-Räte Deutschlands auf, so schnell wie möglich, mindestens aber im Laufe des Februar einen allgemeinen Kongress der U. und S.-Räte Deutschlands einzuberufen. Dieser Kongress soll zur Nationalversammlung und zum Verfassungsgesetz Stellung nehmen und außerdem über das weitere Wirken und die staatsrechtliche Stellung der U. und S.-Räte entscheiden. Dazu wird von zupändiger Seite erklärt: Es dürfte abzuwarten sein, ob der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der U. und S.-Räte von ganz Deutschland repräsentiert, sich ohne weiteres dazu verstehen wird, dem zufälligen Ergebnis einer örtlichen Berliner Versammlung Folge zu leisten, zumal nicht ohne weiteres festzustellen sein wird, wie sich die Arbeiter- und Soldatenräte des übrigen Deutschlands zu dem Berliner Beschluß stellen wollen. Das Berliner Abstimmungsergebnis hat schon darum keine Bedeutung, weil die kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte paritätisch, nicht aber nach dem wirklichen, durch die Nationalwahl erwiesenen Verhältnis der mehrheitssozialistischen zu den unabhängigen zusammengesetzt sind.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit: Zur Besprechung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Neuregelung der Kommunistenpartei, findet Dienstag, 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Herrenhaus, eine Sitzung der Zentralräte aller Armeekorps statt. Jeder Zentralrat hat auf eigene Kosten zwei Delegierte zu entsenden.

Umgekehrter Sozialismus.

E. M. Mit heftigen Worten wandte sich kürzlich Kurt Eisner, Bayerns „unabhängiger“ Ministerpräsident, in einer auch an dieser Stelle wiedergegebenen Rede gegen die wilden Sozialisierungen, und er sprach sich lebhaft gegen die ihnen zugrunde liegende Theorie des Syndikalismus aus. Immer mehr erwacht das Interesse an dieser bisher in Deutschland wenig bekannte Soziallehre, die dem Wesen der deutschen Sozialbewegung ganz fern zu liegen scheint.

Das Wesen des deutschen Sozialismus ist die Sinnigkeit zu einer strengen Zentralisation des Wirtschaftslebens. Der Staat soll, früher oder später, in einem mehr oder weniger geeigneten Zeitpunkt, die Verstaatlichung der Produktionsmittel vornehmen. Straffheit und Zentralisation ist auch das Zeichen der deutschen Gewerkschaften. Auch hier drängt alles zur Regelung der Arbeits- und Lohnprobleme für das gesamte Reichsgebiet. Unerfährliche Tendenzen wie in Deutschland zeigt die soziale Bewegung in den anderen germanischen Ländern. Auch in England und seinen Kolonien haben wir die große, geschlossene Gewerkschaftsbildung; in derselben Richtung bewegt sich die amerikanische Arbeiterbewegung.

Anders in den romanischen Ländern. Hier hat die Industrie nicht die gleiche Tendenz zum hochorganisierten Großbetrieb, zum Syndikat und zum Trust, eingeschlagen. Die Mittel- und Kleinindustrie herrscht hier vor. Infolgedessen hat in diesen Ländern, in Frankreich, Italien und Spanien, auch der Sozialismus und die Gewerkschaftsbewegung nicht die gleiche Neigung zur Zentralisation. Dem individualistischen Geiste des Romanen widerstrebt die allzu starre Zusammenfassung mit ungezählten anderen Individuen. Ihm graut es vor dem Gedanken des Massenstaates, er fühlt sich nicht gern als namenloses Glied der Masse. Der marxistische Gedanke des allumfassenden Staates, dem alles und jedes Produktionsmittel gehört, erfüllt ihn mit Widerwillen. Auch die starre Gewerkschaftsdisziplin ist wenig nach seinem Geschmack. Und so hat er sich einen anderen Sozialismus ausgedacht.

Nicht Verstaatlichung predigt dieser „umgekehrte Sozialismus“, nicht Uebergang der Betriebe an die im Staate verkörperte Gemeinschaft der Volksgenossen, sondern an die Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes. Das ist die Lehre des sogenannten „Syndikalismus“. Uebernahme der Unternehmungen durch das „Syndikat“ ihrer eigenen Arbeiter und Angestellten. Ausschaltung des Unternehmers nicht zugunsten der Allgemeinheit, sondern zugunsten der zufällig im Betriebe beschäftigten Arbeiter. So entsteht eine Menge von Arbeitersyndikaten, die auf eigene Faust draußlos produzieren, möglichst ungehindert durch staatliche Regelung und Bevormundung. Ein gewisser staatlicher Zusammenhang wird dadurch geschaffen, daß die Betriebsräte der einzelnen Syndikate sich zu einem Lokrat zusammenschließen und die Lokräte zu einem Landesrat, wo nach freiwilliger Uebereinkunft gemeinsame Aufgaben vereinbart werden.

Der Syndikalismus ist ein Kind des Anarchismus. Gleich ihm geht seine Tendenz auf Abschaffung des Staatszwangs. Er stellt eine Verbindung der Sozialidee mit dem Anarchismus da. Der Begründer des Syndikalismus, Karl Marxens großer Gegner Bakunin, war ausgesprochener Anarchist.

In Deutschland, dem klassischen Land der Organisation und Zentralisation, hatte der Syndikalismus bisher wenig Anhänger. Immerhin gab es auch hier Anfang der neunziger Jahre in Berlin die anarcho-sozialistische Bewegung, gab es auch hier in der Folgezeit die Gruppe der „Sozialisten“. Stärkere syndikalistische Strömungen sind erst seit Beginn der Revolution aufgetaucht. Jetzt begann das wilde Sozialisieren, wie wir es namentlich beim Bergbau, aber auch anderswo erleben haben.

Die Führer des deutschen Sozialismus sahen mit Schrecken diese Richtung in Deutschland Eingang finden. So wandte sich namentlich Kurt Eisner mit heftigen Worten gegen den Syndikalismus. Das sei kein Sozialismus, das sei Massenkapitalismus. An die Stelle eines Unternehmers setze er deren hundert oder tausend oder mehr, ohne die Grundlagen der heutigen Wirtschaftsordnung anzugreifen. Dabei käme für die vielen Kleinrentner bei dieser Art der „Vergesellschaftung“, da der Profit sich in lauter ganz kleine Anteile zerplüttere, gar nichts heraus. Infolgedessen würden sie sich gezwungen sehen, falls sie wirklich verdienen wollten, unerhörten Preiswucher zu treiben, und so würden diese Arbeiterkapitalisten sich gegenseitig bewuchern.

In Wahrheit würden Arbeitersyndikate unfähig sein, die Betriebsleitung und Verwaltung großer Unternehmungen zu betreiben. Sie haben nicht den Ueberblick über die wirtschaftlichen und technischen Erfordernisse und Möglichkeiten, mit deren Hilfe eine Unternehmung über die Stürme der Konjunkturen und der Weltmarktschwankungen hinweggetragen werden kann. Eine Arbeitergenossenschaft — und auf nichts anderes will der Syndikalismus hinaus — hat nur Interesse